

Pressemitteilung

EAA bestätigt Teilnahme am Umtausch griechischer Anleihen

Düsseldorf, 08. März 2012. Der Verwaltungsrat der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA) hat zugestimmt, dass sich die öffentlich-rechtliche Anstalt am Umtauschprogramm (PSI) für griechische Staatsanleihen beteiligt. Das Gremium folgte damit einem Vorschlag des Vorstands. „Mit dem Umtausch leisten wir unseren Beitrag zum Erfolg des Rettungspakets“, sagten die Vorstände Markus Bolder und Matthias Wargers.

Gemäß dem im Handelsrecht geltenden Vorsichtsprinzip sieht die EAA für den - in Aufstellung befindlichen - Jahresabschluss 2011 eine Wertberichtigung von netto rund 820 Millionen Euro bei griechischen Anleihen und Forderungen vor. Aus der Wertberichtigung resultierende Verluste sind durch das Eigenkapital der EAA gedeckt.

Das Nominalvolumen aller Forderungen der EAA gegenüber staatlichen und privaten Schuldnern in Griechenland belief sich ursprünglich auf 1,2 Milliarden Euro und verringerte sich durch Rückzahlungen und Verkäufe auf rund eine Milliarde Euro. Rund 100 Millionen davon entfallen auf Bankanleihen, knapp 900 Millionen auf Staatsanleihen.

Über die Erste Abwicklungsanstalt (EAA)

Die EAA hat von der WestLB AG Risikopositionen und nichtstrategienotwendige Geschäftsbereiche mit einem Volumen von ursprünglich 77,5 Mrd. Euro übernommen. Sie verwaltet dieses Portfolio mit dem Ziel der Risikominimierung. Die EAA ist eine organisatorisch und wirtschaftlich selbständige teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts innerhalb der FMSA. Die EAA ist kein Kreditinstitut im Sinne des KWG und betreibt keine erlaubnispflichtigen Geschäfte im Sinne der EU-Richtlinie 2006/48/EG. Die EAA wird nicht wie ein Kreditinstitut durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt. Beteiligte der EAA sind das Land Nordrhein-Westfalen (rd. 48,2%), die beiden nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände (jeweils rd. 25%) und die beiden nordrhein-westfälischen Landschaftsverbände (jeweils rd. 0,9%).